Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/1458

28.5.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/1458 DER KOMMISSION

vom 24. Mai 2024

über den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2023 finanzierten Ausgaben

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 3353)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ([1]), insbesondere auf Artikel 53 Absatz 1 Unterabsatz 1 und Artikel 104,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates ([2]), insbesondere auf Artikel 51,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 104 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2021/2116 gelten Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 7 Absatz 3, die Artikel 9, 17, 21 und 34, Artikel 35 Absatz 4, die Artikel 36, 37, 38, 40 bis 43, 51, 52, 54, 56, 59, 63, 64, 67, 68, 70 bis 75, 77, 91 bis 97, 99 und 100, Artikel 102 Absatz 2 und die Artikel 110 und 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 weiterhin für den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) hinsichtlich der Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2023.

(2) Gemäß Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe a der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission ([3]) gelten Artikel 2, Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 1, Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 7, Artikel 21 bis 25, Artikel 27, Artikel 28, Artikel 29, Artikel 30 Absatz 1 Buchstaben a, b und c, Artikel 30 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 31 bis 40 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission ([4]) im Hinblick auf den EGFL weiterhin für Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2023.

(3) Gemäß Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe c der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 gelten die Anhänge II und III der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 weiterhin für die Zwecke von Artikel 32 Buchstaben f und g der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 für das Haushaltsjahr 2023.

([1]) ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 187, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2116/oj.
([2]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1306/oj.
([3]) Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 131, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2022/128/oj).
([4]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2014/908/oj).

(4) Gemäß Artikel 40 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission ([5]) gelten die Artikel 5 und 5a, Artikel 7 Absätze 3 und 4, Artikel 10, Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12, Artikel 13 und Artikel 41 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission ([6]) weiterhin für den EGFL hinsichtlich der Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2023.

(5) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 führt die Kommission den Rechnungsabschluss der in Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/2116 genannten Zahlstellen vor dem 31. Mai des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, durch und stützt sich dabei auf die Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluss notwendigen Auskünften, einer Stellungnahme zur Vollständigkeit, Genauigkeit und sachlichen Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der bescheinigenden Stellen vorlegen.

(6) Gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2021/2116 beginnt das Agrar-Haushaltsjahr am 16. Oktober des Jahres N-1 und endet am 15. Oktober des Jahres N. Die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 16. Oktober 2022 bis zum 15. Oktober 2023 getätigten Ausgaben sollten im Einklang mit Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 im Rahmen des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 berücksichtigt werden.

(7) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und Artikel 35 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 werden zur Bestimmung der Beträge, die aufgrund des in Artikel 33 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und in Artikel 35 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 genannten Rechnungsabschlussbeschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehen bzw. ihnen zu erstatten sind, die monatlichen Zahlungen für das betreffende Haushaltsjahr von den für das betreffende Jahr gemäß Artikel 33 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und Artikel 35 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 anerkannten Ausgaben abgezogen. Die Kommission kürzt bzw. erhöht die monatliche Zahlung für die im zweiten Monat nach dem Rechnungsabschlussbeschluss getätigten Ausgaben um den so ermittelten Betrag.

(8) Die Kommission hat die von den Mitgliedstaaten übermittelten Unterlagen überprüft und den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Überprüfung zusammen mit den vorgeschlagenen Änderungen mitgeteilt.

(9) Die Kommission kann anhand der Jahresrechnungen und der beigefügten Unterlagen einen Beschluss über die Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnungen aller Zahlstellen fassen.

(10) Gemäß Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 und Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 werden etwaige Überschreitungen von Zahlungsfristen spätestens im Rahmen des Rechnungsabschlussbeschlusses berücksichtigt. Einige der von bestimmten Mitgliedstaaten im Haushaltsjahr 2023 gemeldeten Ausgaben wurden nicht fristgerecht getätigt. Mit dem vorliegenden Beschluss sollten daher die entsprechenden Kürzungen festgesetzt werden.

(11) Gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hat die Kommission bereits eine Reihe von monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2023 gekürzt oder ausgesetzt, da die Ausgaben nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigt wurden. In diesem Beschluss sollte die Kommission solche gekürzten oder ausgesetzten Beträge berücksichtigen, um unangebrachte oder verfrühte Zahlungen sowie Erstattungen, die in der Folge Gegenstand finanzieller Berichtigungen sein könnten, zu vermeiden. Die betreffenden Beträge sollten gegebenenfalls im Rahmen des Konformitätsabschlussverfahrens gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 weiter geprüft werden.

([5]) Delegierte Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die Finanzverwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 95, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2022/127/oj).

([6]) Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2014/907/oj).

(12) Die Kommission hat die entsprechenden monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2023 bereits um die Beträge gekürzt, die aufgrund von Rechnungsabschluss- und Konformitätsabschlussbeschlüssen gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, die die Kommission im Haushaltsjahr 2023 durchgeführt hat, an den EGFL zurückzuzahlen sind. Diese Beträge sind im vorliegenden Beschluss berücksichtigt.

(13) Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 werden bei Unregelmäßigkeiten die finanziellen Folgen einer Nichtwiedereinziehung zu 50 % von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen, wenn die Wiedereinziehung nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren ab dem Zeitpunkt der Wiedereinziehungsaufforderung erfolgt ist, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist. Gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 müssen die Mitgliedstaaten den Jahresrechnungen, die sie der Kommission gemäß Artikel 29 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 vorlegen müssen, eine bescheinigte Tabelle über die gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zu ihren Lasten gehenden Beträge beifügen. Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 regelt im Einzelnen, wie die Mitgliedstaaten ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die wiedereinzuziehenden Beträge nachzukommen haben. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 enthält die Mustertabelle, die die Mitgliedstaaten zur Angabe der wiedereinzuziehenden Beträge übermitteln müssen. Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgefüllten Tabellen entscheidet die Kommission über die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bei mehr als vier bzw. mehr als acht Jahre zurückliegenden Unregelmäßigkeiten.

(14) Gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 können die Mitgliedstaaten in ordnungsgemäß begründeten Fällen beschließen, die Wiedereinziehung nicht weiterzuverfolgen. Dieser Beschluss kann jedoch nur gefasst werden, wenn die bereits aufgewendeten Kosten und die voraussichtlichen Wiedereinziehungskosten zusammen den wiedereinzuziehenden Betrag überschreiten oder wenn die Wiedereinziehung wegen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats festgestellter Insolvenz des Schuldners oder der für die Unregelmäßigkeit rechtlich verantwortlichen Personen unmöglich ist. Wird der Beschluss innerhalb einer Frist von vier Jahren ab der Wiedereinziehungsaufforderung gefasst bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist, so sollten die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung zu 100 % vom Unionshaushalt getragen werden. Die Beträge, für die ein bestimmter Mitgliedstaat beschlossen hat, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen, und die Gründe für den Beschluss sind in die zusammenfassende Übersicht gemäß Artikel 54 Absatz 4 der genannten Verordnung aufzunehmen. Diese Beträge sollten dem betreffenden Mitgliedstaat daher nicht angelastet werden und sind folglich vom Unionshaushalt zu tragen.

(15) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 sollte der vorliegende Beschluss späteren Beschlüssen der Kommission nicht vorgreifen, mit denen Ausgaben gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und den Artikeln 54 und 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2023 finanzierten Ausgaben werden abgeschlossen.

Die gemäß diesem Beschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehenden bzw. ihnen zu erstattenden Beträge, einschließlich der sich aus der Anwendung von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ergebenden Beträge, sind in den Anhängen I und II dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 2

Dieser Beschluss gilt unbeschadet späterer Konformitätsabschlussbeschlüsse der Kommission gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 nicht vor, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, sowie späterer Beschlüsse der Kommission über den jährlichen Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116, mit denen Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, denen kein entsprechender Output im jährlichen Leistungsbericht gegenübersteht.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 24. Mai 2024

Für die Kommission
Janusz WOJCIECHOWSKI
Mitglied der Kommission

ANHANG I

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2023 – EGFL

Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender oder ihm zu erstattender Betrag

Mitgliedstaat		2023 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr [1]	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder ihm zu erstattender (+) Betrag [2]
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
AT	EUR	710 073 403,88	0,00	710 073 403,88	– 377 305,30	0,00	709 696 098,58	709 673 412,23	22 686,35
BE	EUR	559 465 736,36	0,00	559 465 736,36	– 209 727,75	– 10 784,34	559 245 224,27	559 477 821,08	– 232 596,81
BG	BG-N	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
BG	EUR	834 492 494,81	0,00	834 492 494,81	– 7 796 183,77	0,00	826 696 311,04	827 146 042,25	– 449 731,21
CY	EUR	53 361 721,55	0,00	53 361 721,55	9 431,53	0,00	53 371 153,08	53 374 307,22	– 3 154,14
CZ	CZK	0,00	0,00	0,00	0,00	– 57,70	– 57,70	0,00	– 57,70
CZ	EUR	871 982 983,59	0,00	871 982 983,59	– 16 973 041,57	0,00	855 009 942,02	854 978 190,99	31 751,03
DE	EUR	4 660 872 702,67	0,00	4 660 872 702,67	– 1 003 545,51	– 35 628,86	4 659 833 528,30	4 659 857 633,71	– 24 105,41
DK	DK-K	0,00	0,00	0,00	0,00	– 16 978,71	– 16 978,71	0,00	– 16 978,71
DK	EUR	825 547 995,07	0,00	825 547 995,07	– 14 940 725,33	0,00	810 607 269,74	810 827 353,33	– 220 083,59

Mitgliedstaat		2023 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr [1]	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder ihm zu erstattender (+) Betrag [2]
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
EE	EUR	196 025 204,83	0,00	196 025 204,83	84 799,97	– 10 882,93	196 099 121,87	196 102 471,23	– 3 349,36
ES	EUR	5 658 204 756,70	0,00	5 658 204 756,70	– 21 105 531,30	– 302 514,00	5 636 796 711,40	5 635 010 023,03	1 786 688,37
FI	EUR	531 509 904,52	0,00	531 509 904,52	– 816 545,74	– 9 304,67	530 684 054,11	530 690 322,56	– 6 268,45
FR	EUR	7 434 338 210,42	0,00	7 434 338 210,42	– 129 126 686,74	– 110 090,13	7 305 101 433,55	7 305 348 440,53	– 247 006,98
EL	EUR	2 040 877 159,56	0,00	2 040 877 159,56	– 1 339 520,14	– 20 283 923,36	2 019 253 716,06	2 039 739 462,12	– 20 485 746,06
HR	EUR	408 600 082,87	0,00	408 600 082,87	– 1 798 928,87	– 61 924,87	406 739 229,13	407 960 781,50	– 1 221 552,37
HU	EUR	1 316 382 876,50	0,00	1 316 382 876,50	– 4 940 617,79	0,00	1 311 442 258,71	1 311 809 288,26	– 367 029,55
HU	HUF	0,00	0,00	0,00	0,00	– 174 178 090,00	– 174 178 090,00	0,00	– 174 178 090,00
IE	EUR	1 185 678 849,61	0,00	1 185 678 849,61	– 3 506 380,41	– 5 271,81	1 182 167 197,39	1 181 208 901,93	958 295,46
IT	EUR	4 243 877 489,47	0,00	4 243 877 489,47	1 690 791,79	– 9 805 354,48	4 235 762 926,78	4 257 631 832,55	– 21 868 905,77
LT	EUR	594 033 803,58	0,00	594 033 803,58	– 4 033 679,47	– 609,27	589 999 514,84	590 000 124,11	– 609,27
LU	EUR	33 221 758,63	0,00	33 221 758,63	66 776,86	0,00	33 288 535,49	33 237 968,77	50 566,72
LV	EUR	322 962 476,00	0,00	322 962 476,00	– 316,45	– 2 165,35	322 959 994,20	322 962 159,55	– 2 165,35
MT	EUR	5 017 818,88	0,00	5 017 818,88	– 802 628,42	0,00	4 215 190,46	4 215 190,46	0,00

ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/1458/oj

ABl. L vom 28.5.2024

Mitgliedstaat		2023 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr (1)	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder ihm zu erstattender (+) Betrag (2)
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
NL	EUR	691 855 036,60	0,00	691 855 036,60	– 3 941 162,23	– 22 093 312,32	665 820 562,05	687 888 522,21	– 22 067 960,16
PL	EUR	3 484 849 907,46	0,00	3 484 849 907,46	– 31 948 560,70	0,00	3 452 901 346,76	3 452 908 100,45	– 6 753,69
PL	PLN	0,00	0,00	0,00	0,00	– 1 858 313,26	– 1 858 313,26	0,00	– 1 858 313,26
PT	EUR	881 930 621,40	0,00	881 930 621,40	– 41 705 958,87	– 74 603,26	840 150 059,27	839 547 767,94	602 291,33
RO	EUR	1 988 872 111,64	0,00	1 988 872 111,64	– 76 778 827,94	0,00	1 912 093 283,70	1 912 147 891,43	– 54 607,73
RO	RO-N	0,00	0,00	0,00	0,00	– 17 372 535,68	– 17 372 535,68	0,00	– 17 372 535,68
SE	EUR	699 656 084,22	0,00	699 656 084,22	– 1 443 518,46	0,00	698 212 565,76	698 267 536,10	– 54 970,34
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
SI	EUR	138 365 295,10	0,00	138 365 295,10	– 0,01	0,00	138 365 295,09	138 365 295,09	0,00
SK	EUR	402 405 105,28	0,00	402 405 105,28	– 26 092 270,08	– 118 891,97	376 193 943,23	376 253 177,35	– 59 234,12

(1) Hinzu kommen insbesondere Berichtigungen aufgrund der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen sowie andere in Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 genannte Kürzungen.

(2) Bei der Berechnung des vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehenden oder ihm zu erstattenden Betrags werden der Gesamtbetrag der Jahreserklärung für die abgeschlossenen Ausgaben und der Gesamtbetrag der für die abgeschlossenen Ausgaben getätigten monatlichen Zahlungen zugrunde gelegt. Gemäß Artikel 12 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/127 anzuwendender Wechselkurs

Mitgliedstaat		Ausgaben (1)	Zweckgebundene Einnahmen (1)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		k	l	m	n = k+l+m
AT	EUR	22 686,35	0,00	0,00	22 686,35
BE	EUR	0,00	– 221 812,47	– 10 784,34	– 232 596,81
BG	BGN	0,00	0,00	0,00	0,00
BG	EUR	0,00	– 449 731,21	0,00	– 449 731,21
CY	EUR	0,00	– 3 154,14	0,00	– 3 154,14
CZ	CZK	0,00	0,00	– 57,70	– 57,70
CZ	EUR	31 751,03	0,00	0,00	31 751,03
DE	EUR	12 263,81	– 740,36	– 35 628,86	– 24 105,41
DK	DKK	0,00	0,00	– 16 978,71	– 16 978,71
DK	EUR	0,00	– 220 083,59	0,00	– 220 083,59
EE	EUR	7 533,57	0,00	– 10 882,93	– 3 349,36
ES	EUR	2 090 810,30	– 1 607,93	– 302 514,00	1 786 688,37
FI	EUR	60 986,34	– 57 950,12	– 9 304,67	– 6 268,45
FR	EUR	0,00	– 136 916,85	– 110 090,13	– 247 006,98
EL	EUR	0,00	– 201 822,70	– 20 283 923,36	– 20 485 746,06
HR	EUR	0,00	– 1 159 627,50	– 61 924,87	– 1 221 552,37
HU	EUR	0,00	– 367 029,55	0,00	– 367 029,55
HU	HUF	0,00	0,00	– 174 178 090,00	– 174 178 090,00
IE	EUR	963 567,27	0,00	– 5 271,81	958 295,46
IT	EUR	0,00	– 12 063 551,29	– 9 805 354,48	– 21 868 905,77
LT	EUR	0,00	0,00	– 609,27	– 609,27
LU	EUR	50 566,72	0,00	0,00	50 566,72
LV	EUR	0,00	0,00	– 2 165,35	– 2 165,35
MT	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
NL	EUR	25 352,16	0,00	– 22 093 312,32	– 22 067 960,16
PL	EUR	0,00	– 6 753,69	0,00	– 6 753,69
PL	PLN	0,00	0,00	– 1 858 313,26	– 1 858 313,26
PT	EUR	752 245,28	– 75 350,69	– 74 603,26	602 291,33
RO	EUR	0,00	– 54 607,73	0,00	– 54 607,73
RO	RON	0,00	0,00	– 17 372 535,68	– 17 372 535,68
SE	EUR	0,00	– 54 970,34	0,00	– 54 970,34
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00
SI	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
SK	EUR	61 143,74	– 1 485,89	– 118 891,97	– 59 234,12

(1) Die HL 08 02 06 01 wird, wie in Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/2116 angegeben, aufgeteilt in negative Berichtigungen, die zu zweckgebundenen Einnahmen unter der HL 62 00 werden, und in positive Berichtigungen zugunsten des Mitgliedstaats, die nun auf der Ausgabenseite beim Posten 08 02 06 01 aufgeführt werden.

Anmerkung: Eingliederungsplan 2024: 08 02 06 01, 6200

ANHANG II

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2023 – EGFL

Korrekturen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (*)

Mitgliedstaat	Währung	in Landeswährung	in EUR
AT	EUR		
BE	EUR		
BG	BGN		
CY	EUR	-	4 647,00
CZ	CZK	-	-
DE	EUR		
DK	DKK		
EE	EUR	-	-
ES	EUR		
FI	EUR		
FR	EUR		
EL	EUR		
HR	HRK		
HU	HUF	96 185,00	-
IE	EUR		
IT	EUR		
LT	EUR	-	1 723,41
LU	EUR		
LV	EUR	-	-
MT	EUR	-	-
NL	EUR		
PL	PLN	5 870,14	-
PT	EUR		
RO	RON		
SE	SEK		
SI	EUR	-	-
SK	EUR	-	-

(*) Beträge, die den Mitgliedstaaten aufgrund der Anwendung des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf das aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) finanzierte befristete Instrument für die Entwicklung des ländlichen Raums (TRDI) anzulasten sind (Verordnung (EG) Nr. 27/2004 der Kommission vom 5. Januar 2004 mit Übergangsvorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei durch den EAGFL, Abteilung Garantie (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2004/27/oj).